

## BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

WERNER FAYMANN  
BUNDESKANZLER

An die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0086-I/4/2012

XXIV. GP.-NR

10728 /AB

27. April 2012

zu 10788 /J

Wien, am 27. April 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Zanger, Kolleginnen und Kollegen haben am 29. Februar 2012 unter der **Nr. 10788/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs (Reisedatenanalyse, EGV)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- *Warum wurde die Empfehlung, eine Reisedatenanalyse gemeinsam mit den Ressorts durchzuführen, nicht umgesetzt?*
- *Warum wurde die Empfehlung, den tatsächlichen Mehraufwand bei Dienstreisen zu evaluieren, nicht umgesetzt?*
- *Warum wurde die Empfehlung, sich auf ressortübergreifende Regelungen im Rahmen einer Neuregelung der Reisegebührenvorschrift zu konzentrieren, nicht umgesetzt?*
- *Warum war es nicht möglich die Problematik mit Reisegebühren zu reformieren?*
- *Gedenken Sie Schritte zur Umsetzung einzuleiten?*
- *Wenn Ja: Bis wann werden diese eingeleitet?*
- *Wenn Nein: Warum nicht?*

Diese Fragen fallen nicht in meinen Zuständigkeitsbereich, sondern in denjenigen der Frau Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst.

Mit freundlichen Grüßen

